



Die wegen der Corona-Krise schwer angeschlagene Lufthansa verhandelt nach eigenen Angaben mit der Bundesregierung über ein Rettungspaket in Höhe von

neun Milliarden Euro. Im Gegenzug werde über eine Beteiligung des Staates in Höhe von bis zu 25 Prozent plus eine Aktie gesprochen, teilte die Lufthansa am Donnerstag in Frankfurt am Main mit. Der Bund strebt demnach einen Sitz im Aufsichtsrat des Konzerns an.

Die Verhandlungen und der Prozess der politischen Willensbildung dauerten noch an, betonte die Lufthansa. Gegenstand der Gespräche seien auch die Konditionen eines besicherten Kredits aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF). Zudem werde weiter über Auflagen für die Fluggesellschaft gesprochen, darunter sei der Verzicht auf Dividendenzahlungen.

Konzernchef Carsten Spohr hatte in den letzten Tagen mehrmals einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen in Kürze angekündigt. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) betonte noch am Donnerstag das hohe Interesse des Staates an der Rettung der finanziell angeschlagenen Lufthansa.

Spohr hatte allerdings auch in deutlichen Worten vor einem zu großen Staatseinfluss auf sein Unternehmen gewarnt. Die Lufthansa müsse auch weiterhin "ihr Schicksal unternehmerisch gestalten können", sagte er. afp, [Kiefer.](#) , Wikimedia.